

Klassen 11–13 des Gymnasiums besteht, abzubauen.

2. Im Hochschulgesetz und im Gesamthochschulentwicklungsgesetz müssen die Vorschriften über die Studienberatung präzisiert und verbessert werden. Eine verbesserte Studienberatung kann dem Trend der Bevorzugung der Geistes- und Sozialwissenschaften gegenüber den Naturwissenschaften bei der Wahl des Studiengangs entgegenwirken und den Lehramtsstudierenden über seine Berufschancen informieren.

Das Schlagwort von der „Lehrerschwemme“ ist sicherlich nicht dazu angetan, Studienentscheidungen auf eine vernünftige Grundlage zu stellen. Man fragt sich verwundert, wie schnell in den Augen mancher Propheten die Jahre des Mangels in eine Epoche des Überflusses umschlagen. Die SPD-Landtagsfraktion stellt aber mit Genugtuung fest, daß die zähen Bemühungen zum Abbau des Lehrermangels trotz der oft schrillen Begleitmusik allmählich doch zum Erfolg führen.

F.D.P.: Gezielte Werbung

Hierzu erklärte der Abgeordnete Wolfgang Heinz:

Obwohl verlässliche Daten fehlten, wurden Milderung oder gar Beseitigung des Lehrermangels seit Jahrzehnten immer wieder versprochen; die Voraussagen haben sich fast immer als unrealistisch erwiesen. Auch die jetzt vorgelegte Untersuchung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung über Lehrerberuf und Lehrangebot ist mit so vielen methodischen Vorbehalten versehen worden, daß sie nur sehr bedingt als Entscheidungsgrundlage taugt.

Bislang können wir allenfalls von der Annahme ausgehen, daß der Lehrerberuf in der Grund- und Mittelstufe bis zum Ende dieses Jahrzehnts abgebaut werden kann, während in der Sekundarstufe II, vor allem an den beruflichen Schulen, auch nach 1985 mit erheblichem Lehrermangel gerechnet werden muß. Diese Annahme verstärkt die Befürchtung, daß über die Auszehrung der Sekundarstufe II das Lehrangebot vor allem im Bereich Mathematik/Naturwissenschaften weiter vermindert wird.

Statt für die kurz- und mittelfristige Entwicklung gefährlicher Schreckensmeldungen über bevorstehenden Lehrerüberschuß brauchen wir eine gezielte Werbung für den Lehrerberuf in den bisher besonders benachteiligten Schulstufen und Fachrichtungen. Darüber hinaus muß durch verstärkten Einsatz nebenamtlicher und nebenberuflicher Kräfte vor allem in der Sekundarstufe II die Lage in der Mathematik und den Naturwissenschaften verbessert werden, um den Teufelskreis zu durchbrechen.

Ob in absehbarer Zeit Lehrerüberschuß eintritt, hängt in erster Linie davon ab, ob die Zielsetzungen des Bildungsgesamtplans verwirklicht oder aus finanzpolitischen Gründen verkürzt werden. Gewiß muß auch die Bildungspolitik die finanzpolitischen Grenzen des Staates beachten. Andererseits ist der von Friedrich Edding immer wieder betonte Zusammenhang zwischen der Ausstattung und Leistungsfähigkeit des Bildungswesens und der künftigen wirtschaftlichen Leistungskraft hochindustrialisierter Staaten nicht widerlegt.

Porträt

In diesen Landtag kam er nur, weil der Genosse Schluckebier vor einhalb Jahren in den Bundestag gewählt wurde – davor hatte er den 26. Platz auf der Landesreserveliste der SPD eingenommen. Seit Fronleichnam 1974 aber ist Dr. Christoph Zöpel (31), Diplom-Ökonom und Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Wirtschafts- und Finanzpolitik der Ruhruniversität, Direktandidat in einem „eigenen“ Wahlkreis: Nr. 105, im Nordwesten Bochums, einem echten Arbeiterbezirk. Und einiges spricht dafür, daß er – als Nachfolger des Abgeordneten Friedhelm Simelka dem Hohen Hause auch nach der nächsten Landtagswahl angehören wird.

Wer anderer Leute Nachfolger sein muß hat es nicht leicht, ein eigenes Profil zu gewinnen. Auch Zöpel tat sich damit eher schwer: Seine Jungferrede hielt er im Juni vorigen Jahres zum Karlsruher Urteil über die Hochschulreform – nach dem Motto: „Wenn man von der Hochschule kommt, muß man auch über sie reden können.“ Es folgten rhetorische Auftritte in zwei weiteren Hochschuldebatten, zweimal sprach er zur Lage in der Textilindustrie, einmal zum Thema Fremdenverkehr.

Zöpels parlamentarischer Redner-einsatz zeigt bereits, auf welchen Gebieten er sich bevorzugt bewegt – sie wurden ihm durch Neigung und Beruf angewiesen. Dem gebürtigen Schlesier liegt es nicht, über Dinge zu reden, von denen er nichts versteht. Folgerichtig wurde er von seiner Fraktion in die Ausschüsse für Wirtschaft und Rechnungsprüfung entsandt. Dort kann er seinen Sachverstand spielen lassen.

Dies heißt nun freilich nicht, daß Zöpel sich als Nur-Fachmann versteht, der den Landtag lediglich als intellektuelle Spielwiese betrachtet. Entscheidend für seinen Parteibei-tritt, den der Beamtensohn im Alter von zwanzig Jahren vollzog, waren die „weltanschauliche Neutralität der SPD“ und die „Erkenntnisse des ökonomischen Studiums“, die aus ihm einen Anhänger der Kritischen Theorie gemacht haben. Einen Intellektuellen könnte man ihn schon nennen. Aber muß er deshalb auch gleich ein „Linker“ sein? Einiges in seiner Biographie spricht dafür: Ende der sechziger Jahre war er Bundesvorsitzender des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB), Anfang der sechziger Jahre stellvertretender Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen Jungsozialisten. Er studierte



Dr. Christoph Zöpel (SPD)

am Berliner Otto-Suhr-Institut und ist Mitglied der GEW. Auf dem letzten Landesparteitag der SPD stimmte er für die Verstaatlichung der Banken.

Tatsächlich rechnet sich Zöpel dem linken Parteiflügel zu, lehnt aber die „dogmatische Übernahme marxistischer Positionen“ ab, „weil sie dem Prinzip weltanschaulicher Neutralität entgegenstehen“. Er steht für eine Demokratisierung der Gesellschaft ein, weil er sich davon „eine Synthese von Individualität und solidarischem Verhalten“ verspricht.

Trotz dieser hehren Ziele fühlt sich Zöpel, der als Mitglied des SPD-Untervorstandes Ruhr-Mitte nicht mehr als engagiertes Juso-Mitglied auftreten kann, von seiner parlamentarischen Arbeit weder frustriert noch enttäuscht. „Politische Tätigkeit ist die notwendige Umsetzung von theoretischen Erkenntnissen in Praxis“, sagt er kühl. Wirtschaftspolitik in diesem Lande muß nach seiner Meinung vor allem Strukturpolitik sein. Kein Wunder also, daß er in seiner Fraktion („Ich rede nicht öfter, als es sein muß“) maßgeblich an der Formulierung einer Großen Anfrage mitwirkte, die einschlägig geworden ist.

Die Struktur seiner vielfältigen Verpflichtungen stellt ihn augenscheinlich zufrieden: ein Drittel Wahlkreis, ein Drittel Landtag, ein Drittel Universität, an der er im Winter über das anspruchsvolle Thema „Ökonomie und Demokratie“ habilitieren will. Immerhin bleibt ihm noch so viel freie Zeit, daß er – neben Skat- und Tennisspiel – gemeinsam mit seiner Frau, die als Richterin in einer Strafkammer tätig ist, „relativ systematisch“ europäische Städte besichtigen kann – Städte in Nordrhein-Westfalen nicht ausgenommen.

Dr. Dirk Bavendamm